

Die NEW YORK TIMES lobt den deutschen Innenminister Wolfgang Schäuble für den geplanten Abbau demokratischer Rechte – Der Wink mit dem "Terrorismus"-Zaunpfahl!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 147/07 – 21.07.07**

Die Deutschen wägen Grundrechte gegen öffentliche Sicherheit ab

Von Mark Landler

THE NEW YORK TIMES, 12.07.07

(<http://www.nytimes.com/2007/07/13/world/europe/13germany.html>)

FRANKFURT, 12. Juli – **Deutschland fürchtet sich, das nächste Hauptziel für islamistische Terroristen zu werden und verliert langsam seine tiefe Aversion gegen schärfer kontrollierende und härter durchgreifende Polizeitaktiken. Das ruft einen Sturm des Protests bei denen hervor, die sich an die staatliche Brutalität unter Nazis und Kommunisten in den vergangenen Jahrzehnten erinnern.**

Angesichts einer wachsenden Bedrohung bricht Wolfgang Schäuble, der höchste Sicherheits-Verantwortliche Deutschlands, den bisher in der Regierung vorhandenen Widerstand gegen heimliche Online-Durchsuchungen von Computern, die verdächtig erscheinenden Leuten gehören. Er will ein Gesetz, das Sicherheitskräften den Abschuss eines entführten Flugzeuges erlaubt. Und diese Woche äußerte er, Deutschland sollte erwägen, potentielle Terroristen einzusperren und das Töten von terroristischen Führen im Ausland zu erlauben.

Solche Vorschläge sind vielen ein Gräuel in einem Land, das versucht hat, durch ein Grundgesetz, das die Grundrechte (der Bürger) über die Befugnisse des Staates stellt, alle Rudimente staatlicher Willkür zu beseitigen. Kritiker behaupten, die angestrebten Veränderungen würden die Grundrechte aushöhlen und Deutschlands hart erkämpften Rechtsstaat gefährden.

Aber trotz aller Einwände hat Herr Schäuble, der Innenminister und gerissene konservative Politiker, der seit einem Mordanschlag im Jahr 1990 im Rollstuhl sitzt, die volle Unterstützung der Kanzlerin Angela Merkel bei der Fortsetzung der Debatte, obwohl sie schon klar gemacht hat, dass sie (vorbeugende) Inhaftierungen und gezielte Tötungen ablehnt. "Heute gibt es Bedrohungen, an die vor zehn Jahren noch niemand gedacht hat," sagte sie am Donnerstag im deutschen Fernsehen. "Ich brauche einen Innenminister, der etwas gegen diese neuen Bedrohungen unternimmt."

Die Debatte in Deutschland unterstreicht die wachsenden Befürchtungen von Sicherheitsexperten, dass auch deutschen Städten blutige Anschläge wie in London, Glasgow, Madrid und Istanbul nicht erspart bleiben werden, nachdem die militanten Muslime, welche die Anschläge vom 11.9. ausgeheckt haben, Hamburg als Unterschlupf benutzten. Letzten Monat warnte Herr Schäuble, dass Deutschland wegen seines militärischen Engagements in Afghanistan einer erhöhten Gefahr eines Anschlages ausgesetzt sei, möglicherweise sogar durch einen Selbstmord-Attentäter. Sein Staatssekretär August Hanning äußerte, die Gefahr sei so hoch wie in den Monaten vor dem 11. September 2001.

Die Debatte wird auch in einer Zeit wachsender Spannungen innerhalb der großen muslimischen, meist türkischen Bevölkerungsgruppe Deutschlands geführt. Am Donnerstag

boykottierten vier große türkische Gruppen ein jährliches Treffen zu Integrationsproblemen, zu dem Frau Merkel eingeladen hatte, weil sie gegen das kürzlich verschärfte deutsche Einwanderungsgesetz protestieren wollten.

Wegen der wachsenden Spannungen muss nach Meinung mehrerer Experten Deutschland die Balance zwischen persönlichen Freiheiten und kollektiver Sicherheit neu justieren. "Wir brauchen eine Diskussion, wie weit wir gehen müssen und wie weit wir legal gehen können," sagte Guido Steinberg, der den früheren Kanzler Gerhard Schröder in Terrorismus-Fragen beraten hat.

Herr Steinberg, der jetzt im Deutschen Institut für internationale Sicherheitsprobleme in Berlin arbeitet, meinte, einige der Schäuble-Vorschläge wie das gezielte Töten gingen zu weit.

Deutschland müsse aber andere Schlupflöcher in seinen Gesetzen schließen. Jetzt werde noch unterschieden zwischen materieller Unterstützung von Terroristen, die bestraft werde, und der Verbreitung ihrer Botschaft, die bisher nicht strafbar sei.

Zwar möchten nur wenige ein deutsches Gefangenenlager wie das Militärgefängnis in Guantánamo Bay einrichten, aber nach geltendem deutschem Recht können deutsche Behörden Leute, die sie der Konspiration mit Terroristen verdächtigen, weder ausweisen noch einsperren.

Herr Schäuble hat ein härteres Durchgreifen im Kampf gegen den Terrorismus gefordert, seit er 2005 in die jetzige Regierung eingetreten ist. Schäuble, 64, ist eine bewährte christdemokratische Führungspersönlichkeit und als durchtriebener Taktiker einer der politischen Schwergewichtler in Frau Merkels Kabinett.

Im Januar kündigte er an, er wolle das Grundgesetz ändern, damit ein entführtes Flugzeug, das zu einem terroristischen Anschlag benutzt werden soll, abgeschossen werden könnte. Das Bundesverfassungsgericht hat ein Gesetz der Vorgänger-Regierung, das in die gleiche Richtung ging, im Jahr 2006 abgelehnt.

Er hat auch nicht gezögert, terroristische Bedrohungen im eigenen oder im Ausland zur Durchsetzung seiner Forderungen zu benutzen. Seine jüngste Kampagne zur Propagierung seiner Pläne begann nur Tage nach den misslungenen Anschlägen mit Auto-Bomben in London.

"Die alten Kategorien passen nicht mehr," sagte er in einem Interview mit dem deutschen Wochenmagazin DER SPIEGEL. "Wir müssen jedoch klären, ob unser Rechtsstaat noch ausreicht, um den neuen Bedrohungen zu begegnen."

Bezug nehmend auf eine Situation, in der Osama bin Ladens genauer Aufenthaltsort bekannt wäre, sagte Schäuble: "Die Amerikaner würden ihn mit einer Rakete exekutieren, und die meisten Leute würden sagen: Gott sei Dank."

Diese Bemerkungen, die ein Sprecher des Ministeriums bestätigte, stießen bei Oppositionspolitikern und sogar bei einigen Sozialdemokraten seiner eigenen Regierung der Großen Koalition auf heftige Kritik.

"Er möchte einen für unser Land sehr gefährlichen Weg einschlagen," sagte Reinhard Bütikofer, einer der Vorsitzenden der oppositionellen GRÜNEN. "Er tut das genaue Gegenteil von dem, was (der neue britische) Premierminister Gordon Brown so bewundernswert demonstriert hat – durch eine Kombination aus Entschlossenheit und Gelassenheit."



Innenminister Schäuble (Foto: John Mac Dougall, AFP)

Kein anderes europäisches Land hat seine Gesetze gegen den Terrorismus seit den fehlgeschlagenen britischen Anschlägen öffentlich diskutiert. Eine der wenigen Reaktionen überhaupt kam vom neuen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der seinen Vorschlag wiederholte, in Paris 1.000 miteinander verbundene Überwachungskameras installieren zu lassen.

Das Timing und die Art der Debatte in Deutschland beunruhigte einige Experten. "Zu den Langzeit-Taktiken der Terroristen gehört es, Regierungen zu Überreaktionen zu veranlassen," sagte Gijs de Vries, ein Niederländer, der früher Koordinator der Europäischen Union für Maßnahmen gegen den Terrorismus war. "Regierungen sollten Forderungen aus der Öffentlichkeit widerstehen, die nach jedem Vorfall nach neuen Maßnahmen schreien."

Deutschland diskutiert das Problem auch wegen seiner tiefen Verstrickung (in den Krieg) in Afghanistan. Das Land hat 3.000 Soldaten dort, die zu einer NATO-Streitmacht gehören, die gegen den andauernden Aufstand der Taliban kämpft.

Weil das Parlament im Oktober über eine Verlängerung des Einsatzes beschließen muss, befürchten Sicherheits-Experten, dass Deutsche in Afghanistan oder zu Hause Ziele für Anschläge werden könnten.

Im Juli letzten Jahres wurden Anschläge, die wahrscheinlich sehr viele Tote gefordert hätten, nur knapp verhindert, weil zwei Kofferbomben in Nahverkehrs-Zügen nicht explodierten. Die aus dem Libanon stammenden Verdächtigen sollen aus Verärgerung gehandelt haben, weil satirische Karikaturen in einer dänischen Zeitung den Propheten Mohammed zeigten.

Schäuble sagte zum SPIEGEL über den misslungenen Anschlag: "Es kann uns jederzeit treffen."

Er hat es aber mit einer deutschen Öffentlichkeit zu tun, die ihre Freiheiten mindestens genau so schätzt wie ihre Sicherheit. Schon seine Kampagne hat wenig schmeichelhafte historische Vergleiche auf sich gezogen. Im Internet hat eine Gruppe, die für Datensicherheit eintritt, T-Shirts mit Schäubles Bild und der Unterzeile "Stasi 2.0" angeboten – eine Anspielung auf eine verbesserte Version des verhassten Ministeriums für Staatssicherheit in der ehemaligen DDR.

Peter Waldmann, ein Terrorismus-Experte und emeritierter Professor der Universität Augsburg, sagte, sogar ein größerer Anschlag würde die Entscheidung der Deutschen zugunsten uneingeschränkter Grundrechte nicht beeinträchtigen.

Der Schock darüber, dass die Anschläge des 11.9. in Hamburg ausgeheckt wurden, sei nicht groß genug gewesen, meinte Waldmann. Die Deutschen beruhigten sich damit, die Anschläge hätten ja den Vereinigten Staaten und nicht Deutschland gegolten.

Nachdem die Bedrohung nach Aussage der Behörden jetzt auch direkt gegen die Deutschen gerichtet ist, könnte es den Menschen schwerer fallen, die Argumente Schäubles abzulehnen.

"Wenn etwas passiert, werden ihn die gleichen Leute, die ihn jetzt kritisieren, weil er zu weit gegangen sei, wieder kritisieren, weil er nicht weit genug gegangen ist," sagte Eckart Klein, ein Rechts-Professor an der Universität Potsdam.

Einige Experten vermuten, das wirkliche Ziel der Schäuble-Kampagne sei es, Zustimmung für eine gesetzlichen Regelung zur heimlichen Durchsuchung von Computer-Festplatten zu erhalten – ein Ziel, das er erreichen könnte, weil Vertreter der SPD in dieser Woche verlauten ließen, sie seien offen für einen Dialog über dieses Anliegen.

Schäuble begrüße die scharfen Reaktionen auf seine drakonischen Vorschläge, sagten seine Mitarbeiter. "Er will unsere Gesellschaft zwingen, sich den wirklich schwierigen Fra-

gen, etwa zur Tötung eines Terroristen, zu stellen," sagte Christian Sachs, ein Sprecher des Innenministeriums. **"Die deutsche Öffentlichkeit hat ihren Kopf in den Sand gesteckt und die Dimensionen dieses unorthodoxen Krieges ignoriert."**

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

Schäubles SPIEGEL-Interview im Heft 28 vom 09.07.07 scheint in den USA mit Begeisterung aufgenommen worden zu sein. Der Autor des Artikels kann mit seinen Hinweisen auf die schlechten Erfahrungen der Deutschen mit polizeistaatlichen Methoden verschiedenster Couleur seine offensichtliche Freude über den angeblichen deutschen Sinneswandel kaum verbergen.

Vergessen sind die amerikanischen "Entnazifizierungsbemühungen" nach 1945 und die im Kalten Krieg gegen die Kommunisten gepriesenen "Menschenrechte". Im "Global War on Terror" ist alles erlaubt. Rechtsstaatliche Ermittlungsverfahren sind "mega out", jetzt heißt es plötzlich ganz offen: Alle sind potentielle "Terroristen" und müssen deshalb heimlich bis in die letzte Datei auf ihrer Festplatte ausspioniert werden, damit nicht wieder irgendwelche seltsamen Menschen irgendwo "Bomben" deponieren, die überhaupt nicht detonieren können, sich aber gut zur Propagierung des kaum noch aufzuhaltenden Marsches in eine neue Art von Faschismus ausschlichten lassen. Unser trickreicher Innenminister, der dem SPIEGEL beteuert hat, "ein glühender Anhänger der freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung" zu sein, will unser Grundgesetz keinesfalls abschaffen, er will es mit der Mehrheit der "Großen Koalition" und Hiwis aus den Reihen der FDP und der GRÜNEN nur so verändern, dass er es getrost bei all seinen künftigen Unternehmungen unter den Arm klemmen kann. Ein Problem mit "roten Linien", deren Überschreiten unser Grundgesetz noch verbietet, sieht Herr Schäuble nicht. Den weiteren Umgang damit hat ihn der SPIEGEL unwidersprochen erklären lassen: "Die rote Linie ist ganz einfach. Sie ist immer durch die Verfassung definiert, die man allerdings verändern kann."

In seinem SPIEGEL-Interview plaudert Schäuble auch aus, was uns der Schreiber der NEW YORK TIMES vorenthalten hat: "Wir arbeiten mit den US-Geheimdiensten derzeit so eng zusammen wie nie zuvor. Kein Land hat eine so gute weltweite Aufklärung wie die Amerikaner, davon profitieren wir tagtäglich. Ich habe mich in den vergangenen Wochen mehrfach mit Michael Chertoff, dem amerikanischen Heimatschutzminister, getroffen."

In der gleichen Nummer der NEW YORK TIMES, der wir den übersetzten Artikel entnommen haben, war unter der Überschrift "A Nuclear Ruse Uncovers Holes in U.S. Security" (Ein Nuklear-Trick deckt Löcher in der Sicherheit der Vereinigten Staaten auf) auch zu lesen, dass sich in den USA jeder jederzeit problemlos radioaktive Substanzen für den Bau einer "schmutzigen Bombe" verschaffen kann. Prüfer des mit unserem Bundesrechnungshof vergleichbaren "Government Accountability Office / GAO" des Kongresses hätten das gefährliche Material über eine nicht überprüfte Briefkastenfirma problemlos erwerben können. (<http://www.nytimes.com/2007/07/12/us/12nuke.html?hp=&page=2>)

Könnte den Herren Chertoff und Schäuble etwas gelegener kommen, als die baldige Explosion einer von "Terroristen" in den USA oder noch besser in der Bundesrepublik platzierten besonders "schmutzigen Bombe"?

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern